

„Die billigste Energie wird gar nicht verbraucht“



„ Rot-Grün hat bei der Förderung von Solaranlagen eine Zeitbombe eingebaut. Früher gab es Kollektoren

auf drei Dächern in einer Stadt, jetzt halten alle die Hand auf.“

Ulrich Scheffler, WAZ-Leser



„ Die Kosten der Energiewende werden vor allem auf die kleinen Leute abgewälzt. Wie soll jemand mit

600 Euro Rente immer teurer werdenden Strom bezahlen?“

Marianne Vier, Alstadenerin



„ Die billigste Energie ist die, die wir nicht verbrauchen. Wir müssen Förderprogramme einrichten, die es

allen ermöglichen, energiesparende Geräte anzuschaffen.“

Dirk Vöpel, SPD



„ Wir brauchen die konkrete Umsetzung der Wende. In einem Sozialtarif sollten die ersten Kilowattstunden

günstiger sein. Davon profitiert, wer keinen Flachbildschirm hat.“

Bärbel Höhn, Grüne



„ Es gibt derzeit keinen klaren Informationsstand zum Fracking. Wir müssen mehr wissen über diese Technologie. Nur so ist eine Entscheidung überhaupt zu treffen.“

Dorothea Dresenkamp, FDP



„ Bei der Energiewende müssen wir schrittweise vorgehen und dürfen nicht so zülig aus bewährter

Stromerzeugung aussteigen. Kohle muss CO2-neutral wie möglich genutzt werden.“ **M.-Luise Dött**, CDU



„ Wir sind klar gegen das Fracking, weil die Risiken schlicht zu groß sind. Wir brauchen im Bergrecht

einen echten Interessensausgleich zwischen Bürgern und Betreibern.“

Andreas Ronig, Piraten



„ Die Risiken beim Fracking sind nicht bekannt, aber die Menschen in ihren Grundbedürfnissen etwa

nach sauberen Wasser betroffen. Fracking muss verboten werden.“

Niema Movassat, Linke

Macht der Banken beschränken

Politiker glauben, dass sie das können

Hat die Politik Instrumente an der Hand, um die Macht der Banken zu beschränken? Auch diese Frage war Thema des Stadtgesprächs.

Die Politiker waren sich einig, über Kontrollmechanismen zu verfügen. Bärbel Höhn (Grüne) führte als Möglichkeit die Finanztransaktionssteuer an. „Wir können die Banken außerdem verpflichten, Rücklagen zu bilden.“

Marie-Luise Dött (CDU) sprach sogar davon, dass Schwarz-Gelb 36

Gesetze zur Regulierung der Finanzmärkte in dieser Legislaturperiode gemacht hätten. Dött: „Das Wichtigste ist jedoch die Erhöhung der Eigenkapitalquote, weil dadurch die Haftung steigt.“ Niema Movassat (Linke) forderte, Steuerhinterziehung mehr zu bekämpfen – und: „Keine Bank darf so stark sein, dass sie Systemrelevanz gewinnt.“ Verluste dürften nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden, verlangte Dirk Vöpel (SPD).